

Der Ukrainekrieg in der vietnamesischen Presse

Eine Analyse der Berichterstattung. 3. Teil

Günter Giesenfeld

Im neuen Jahr hat sich das internationale Interesse immer mehr in widersprüchlicher Weise der Frage zugewendet, ob, wie und wann diplomatische Versuche, den Krieg zu beenden oder mindestens einen vorläufigen Waffenstillstand zu erreichen, aussichtsreich oder sinnvoll sind. Für die öffentliche Meinung in Vietnam, soweit sie in der Presse formuliert wird, ist das kein Problem, sondern die einzige Aufgabe auch der internationalen Öffentlichkeit, an die vor allem am ersten Jahrestag des Beginns erinnert wird.

Mitte/Ende Oktober des vergangenen Jahres hatte die ukrainische Armee mehrere Städte und Regionen wieder zurückerobered. Die russische Armee verlagerte derweil ihre Aktivität auf Luftangriffe. In der UNO wurde mehrfach über den Ukrainekrieg verhandelt, stets mit Verurteilungen des russischen „Angriffskrieges“ und dem Versuch der Isolierung Russlands im internationalen Rahmen.

Laut Präsident Selenskyj stoßen seine Truppen auf Widerstand in der östlichen Stadt Bachmut. Sowohl im Osten, als auch im Süden versuchen diese Truppen seit mehreren Wochen, ihren Befreiungsfeldzug fortzusetzen. An einigen Stellen ist er zum Stocken gekommen.

Frankreich bildet inzwischen etwa

2.000 ukrainische Soldaten auf seinem Territorium aus. Selenskyj erwartet, dass die USA und Deutschland ihm jetzt bald modernste Luftabwehr-Systeme liefern.

In der russischen, nahe der Grenze zur Ukraine gelegenen Stadt Belgorod habe es einen Terroranschlag gegeben, meldet TASS. Dort sei ein Ausbildungszentrum der russischen Armee von zwei Angreifern überfallen worden. Elf Personen seien umgekommen und 15 verletzt worden. Die Angreifer seien erschossen worden. Ihre Staatsangehörigkeit werde untersucht. (17.10.¹)

Der russische Krieg gegen die Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen haben in Osteuropa und in Zentralasien

¹ Datum der VNS-Ausgabe, in der die referierten und zitierten Meldungen veröffentlicht wurden.

vier Millionen Kinder in tiefe Armut versetzt, so die UN-Organisation UNICEF. „Kinder tragen die härtesten Lasten der ökonomischen Krise, die durch den Krieg ausgelöst worden ist. Wenn ihnen und ihren Familien nicht jetzt geholfen wird, dann wird dies mit großer Wahrscheinlichkeit in Todesopfer münden. Und außerdem: Eine ganze Generation kann nicht lernen, nicht aufgezogen und ausgebildet werden und hat keine Zukunft.“ (18.10.)

„Tödliche Drohnen und ein abgestürzter Kampfjet nahe der Grenze“, titelt die VNS. Der Absturz auf eine Wohnsiedlung in der Stadt Jeisk (Russland) richtete Verwüstungen an. 13 Menschen starben, darunter 3 Kinder, 19 wurden verletzt.

„Moskau versucht, so wird vermutet, Verluste während der letzten acht Monate dadurch auszugleichen, dass man in primitiver Weise eine Politik des Angriffs auf Energie-Einrichtungen verfolgt. Putin hofft, dass dann im Winter der Widerstand wieder schwächer wird.“

Der Außenminister in Kiew forderte Sanktionen gegen den Iran, der Russland mit Drohnen versorge. Ein französischer Journalist berichtet, dass „Kamikaze-Drohnen“ in der Innenstadt von Kiew eingeschlagen seien, der Rauch der Explosionen sei von weitem erkennbar gewesen (AFP). Der Iran bestreitet, Drohnen an Russland geliefert zu haben. Die USA drohen, gegen den Iran weitere Sanktionen zu verhängen. Die ukrainische Regierung fordert, dass Russland aus der G20-Gruppe ausgeschlossen werden müsse. „Diejenigen, die Attacken gegen die kritische Infrastruktur

unseres Landes befehlen, (...) dürfen nicht länger an einem Tisch sitzen mit den Regierungschefs der G20-Staaten.“

Es hat einen neuen Austausch zwischen Russland und der Ukraine gegeben, bei dem jeweils 100 Gefangene freikamen. Darunter waren sehr viele Frauen.

Die NATO bildet weitere Soldaten an Kernwaffen in Europa aus, versichert aber, dies geschehe im Rahmen einer lang vorausgeplanten Routine und habe nichts mit den Drohungen Putins mit Atomwaffen zu tun. Diese Manöver finden in den Lufträumen von Belgien und England statt, beteiligt sind B 52-Bomber und 60 Kampfjets.

Im Süden schlagen sich ukrainische Truppen immer näher an die Großstadt Cherson durch und nähern sich damit der Nordspitze der Halbinsel Krim. (19.10.)

Die russischen Truppen greifen immer mehr strategische Ziele an wie etwa eine Schiffswerft 35 km nördlich der Front, und fordern gleichzeitig die Einwohner von Cherson auf, die Stadt zu verlassen. Der russische Verteidigungsminister, Sergei Schoigu, telefoniert mit seinen Amtskollegen in England, Frankreich und der Türkei, und dann auch mit dem Pentagon über die „sich schnell verschlechternde Situation“. Er beklagt, dass die Ukraine immer öfter „schmutzige Bomben“ einsetze. TASS meldet gleichzeitig, dass die Ukraine eine Provokation in der Region Charkiw vorbereite, bei der „ausländische Söldner“² das Feuer auf die Zivilbevölkerung eröffneten und dann Russland beschuldigten

² Es ist unklar, was damit gemeint ist. Vielleicht Kämpfer des berüchtigten Asow-Regiments.

„Kriegsverbrechen zu begehen“. Am 24. Oktober habe eine Einheit solcher Söldner in der Stadt Woltschansk (Russland) eine Menschenmenge mit Artillerie beschossen, die sich zu einer Verteilung von Lebensmitteln versammelt hatte. Dieser Terrorakt sei vom Kiewer Regime geplant worden, um den russischen Streitkräften „Kriegsverbrechen“ anzuhängen.

Indessen geht die Evakuierung von Cherson und der Rückzug der dort installierten russischen Verwaltung weiter. Der russische Verteidigungsminister sagte, seine Truppen hätten die Angriffe auf die militärische Infrastruktur der Ukraine erfolgreich fortgesetzt, ein großes Munitionsdepot in der Region von Tscherkassy sei vollständig zerstört worden und Gegenangriffe der Ukraine im Süden und Osten seien zurückgeschlagen worden. (Reuters/TASS)

Die westlichen Verteidigungsminister gehen nicht näher auf die „schmutzigen Bomben“³ ein und erklären nur: „Unsere Länder stellen klar, dass wir alle die russischen offensichtlich falschen Unterstellungen zurückweisen, die Ukraine bereite den Einsatz von „schmutzigen Bomben“ vor.

TASS veröffentlicht den Entwurf einer Resolution für den Sicherheitsrat der UNO, in dem die Einsetzung einer UN-Kommission gefordert wird, die die Rolle der amerikanischen biologischen Labors in der Ukraine untersuchen soll. Sie soll bei der Sitzung am 27. Oktober 2022 eingebracht werden. Es wird der

³ Konventionelle Bomben mit radioaktiven, biologischen oder chemischen Bestandteilen, die bei der Explosion verstreut werden.

Vorwurf erhoben, die Ukraine verstöße mit der Duldung dieser ausländischen Labors auf ihrem Boden gegen das UNO-Biwaffen-Verbot.⁴ Die Ergebnisse der Untersuchung sollen der neunten Konferenz der Unterzeichnerstaaten der Biowaffen-Konvention in Genf am 28.11. 2022 vorgelegt werden. (25.10.)

Die Internationale Atomenergie-Organisation⁵ bereitet sich darauf vor, in den nächsten Tagen auf ein Ersuchen der Ukraine hin Inspektoren an zwei Standorte in der Ukraine zu entsenden. Dies ist eine direkte Reaktion auf die Beschuldigung Russlands, die Ukraine bereite den Einsatz von „schmutzigen Bomben“ vor. Russland hatte behauptet, dass zwei Zweigstellen der ukrainischen Kernenergie-Industrie an einer solchen Waffe arbeiteten. Die IAEA teilte mit, dass diese beiden Standorte schon mehrfach kontrolliert worden seien, einer davon zuletzt vor einem Monat. Trotzdem werde man beide in den nächsten Tage erneut besuchen. „Wir werden dabei vor allem nach undeklärtem Atom-Material suchen.“ Es handle sich – so eine staatliche Pressestelle in Moskau – um die östliche „Mineralanreicherungsanlage“ in der Region Dniproptrowsk und das „Institut für Kernforschung“ in Kiew. (26.10.)

Präsident Selenskyj verlangt von der internationalen Gemeinschaft einen Zuschuss von 38 Mrd. US-\$, um durch den Krieg entstandene Finanzierungslücken im Etat seines Landes auszugleichen.

⁴ Die Biowaffenkonvention ist ein 1971 von der Vollversammlung der UNO beschlossener völkerrechtlicher Vertrag, der die Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen verbietet. (Wikipedia)

⁵ International Atomic Energy Agency (IAEA)

chen. Bei einer internationalen Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine verlangt Selenskyj, der per Video zugeschaltet ist, erneut, dass der Etat für das nächste Jahr von den anwesenden Staaten ausgeglichen werden müsse. Der deutsche Bundeskanzler spricht von einem „neuen Marshallplan des 21. Jahrhunderts“. (27.10.)

Getreide-Export behindert

Das Abkommen „Schwarzes Meer“ zur Ermöglichung von Reis-Exporten aus der Ukraine läuft am 11. November aus. Eine zweite Übereinkunft erlaubt den Export russischer Düngemittel und Getreide ins Ausland trotz der gegen Russland geltenden Sanktionen. Die Unsicherheit, ob diese Abkommen verlängert werden, hat auf dem Weltmarkt schon zu Preiserhöhungen geführt. „Wir sind an eine Verlängerung lebhaft interessiert“, sagt der UN-Untersekretär für humanitäre Aktionen, Martin Griffiths, und zeigt sich optimistisch, was die Exporte aus der Ukraine angeht. Aber die russische Seite will, dass auch das Abkommen über russische Exporte verlängert wird. Russland hat trotz des Abkommens Probleme, seine Produkte im Ausland zu verkaufen, weil die Sanktionen gegen die finanzielle und logistische Durchführung der Geschäfte nicht aufgehoben wurden. Griffiths verspricht, sich in Washington um die Lösung dieser Frage zu bemühen.

Die UNESCO hat damit begonnen, durch Satellitenaufnahmen die Zerstörung kultureller Einrichtungen und historischer Orte in der Ukraine durch die

russische Armee zu dokumentieren. Es seien bereits jetzt an 207 Stellen Schäden festgestellt worden: Kirchen, Museen, Orte von historischer oder künstlerischer Bedeutung, Denkmäler und Bibliotheken. „Das kulturelle Erbe ist oft Opfer eines Kollateralschadens von Kriegen, aber oft geschieht es auch, dass diese bewusst angegriffen werden, weil sie zum Wesen der Identität von Ländern gehören“, sagte Krista Pikkat von der UNESCO. Präsident Selenskyj hatte kurz zuvor den Antrag gestellt, die historische Hafenstadt Odessa auf die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes zu setzen, um sie vor russischen Angriffen zu schützen. (28.10.)

In einer Rede vor einem internationalen Forum versichert Präsident Putin, dass „Russland keine Hegemonie in einer neuen multipolaren Welt anstrebt“, sondern „eine Art Symphonie der menschlichen Zivilisation“. Zur aktuellen Situation sagte er, es gehe nur darum, die „Existenz Russlands zu verteidigen“.

Die Ukraine und die USA verurteilen Verzögerungen beim Export ukrainischen Getreides. Selenskyj führt dies auf die Inspektionen der Schiffe durch russische Soldaten zurück. Derzeit stünden 175 Schiffe in der Warteschlange. (29.10.)

Die Regierung in Moskau verkündet am 29.10., dass sie das Getreide-Abkommen aufkündigen werde. Als Grund wird angegeben, dass von der Ukraine massive Drohnen-Angriffe auf russische Schiffe im Schwarzen Meer und auf die Hafenstadt Sevastopol auf der Krim erfolgt seien. Die Ukraine nennt die Kündigung einen „falschen Vorwand“, der

US-Außenminister spricht von „Getreide als Waffe“, der ukrainische Außenminister fordert Russland auf, „das Spielen mit dem Hunger“ aufzugeben. Dort jedoch verweist man darauf, dass die ukrainischen Drohnen-Angriffe „unter Beteiligung britischer Experten“ durchgeführt worden seien. Diese seien in der südlichen Stadt Otschakiw stationiert und übrigens auch für die Explosionen an der North Stream-Pipeline in der Ostsee beteiligt gewesen. Die Sprecherin des russischen Verteidigungsministeriums Marija Sacharowa sagt, man werde den Fall im UN-Sicherheitsrat zur Sprache bringen. Außerdem seien Angriffe auf Ziele auf der Halbinsel Krim seit einiger Zeit verstärkt worden, so z.B. die Bombardierung der Brücke, die sie mit dem Festland verbindet. (31.10.)

Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, die ukrainischen Drohnen seien von der für die Getreidetransporte vorgesehenen Sicherheitszone aus abgefeuert worden.

Das türkische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass trotz der russischen „Kündigung“ des Abkommens die russischen Soldaten, die die Schiffe kontrollieren, nicht aus dem Gemeinsamen Koordinationszentrum (JCC) in Istanbul abgezogen worden seien. Es warteten dort derzeit noch 97 Schiffe auf die Auffertigung. (1.11.)

Selenskyj wirft Russland die mutwillige Verhinderung der Getreidetransporte vor und fordert: „Die Welt muss unnachgiebig auf die russischen Versuche reagieren, den Getreidetransport zu unterbinden.“ (3.11.)

Am 2. November lehnt der UN-Si-

cherheitsrat eine Resolution Russlands ab, in der gefordert wird, die Beteiligung der USA an der Entwicklung von biologischen Waffen in amerikanischen Laboren in der Ukraine zu untersuchen. Die Resolution wurde von China und Russland unterstützt und von Frankreich, England und den USA abgelehnt (alle drei haben darüber hinaus ein Vetorecht). Die zehn nicht permanenten Mitglieder enthielten sich der Stimme. In die Untersuchungskommission hätten Vertreter von allen im Sicherheitsrat vertretenen Ländern entsandt werden sollen.

Der russische Vertreter Dmitry Polyanskiy zeigte sich äußerst enttäuscht über diese Ablehnung, die US-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield sagte, die Resolution sei geprägt von Desinformation, bösem Glauben und einer totalen Respektlosigkeit. Aus der UNO verlautete, man habe weder Kenntnis von solchen Laboren noch ein Mandat oder die technische Kapazität für so eine Untersuchung.

Am 2. November nimmt Russland seine Aktivitäten beim Getreide-Transport wieder auf. Das russische Verteidigungsministerium sagte, es habe jetzt ausreichenden Zusicherungen erhalten, dass Kiew den Korridor nicht mehr für militärische Aggressionen nutzen werde. Diese Entscheidung wird von UNO-Generalsekretär Guterres begrüßt. Eine Bemerkung von Präsident Selenskyj lässt vermuten, dass der türkische Präsident Erdogan an dieser Verständigung beteiligt war. (5.11.)

Die US-Administration von Präsident Biden hat auf einer privaten Ebene an den ukrainischen Präsidenten Selens-

kyj appelliert, sich offener zu zeigen für Verhandlungen mit Russland. Der Quelle für diese Nachricht⁶ zufolge sei dies aber nicht so zu verstehen, dass man Selenskyj an den Verhandlungstisch drängen wolle, sondern solle dazu dienen, „dass die Ukraine bei ihren internationalen Unterstützern ihren hohen moralischen Ruf nicht verliert“. Die *Washington Post* kommentiert, dies sei ein „kalkulierter Versuch, der Regierung in Kiew den Schutz anderer Länder zu bewahren, die sich mit einer Wählerschaft konfrontiert sehen, die immer distanzierter einen Krieg sehen, der noch viele Jahre andauern kann“.

In diesem Zusammenhang werde von Kiew verlangt, sich gegen ein Dekret zu wenden, das die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine bestätigt, keine Gespräche mit Putin zuzulassen. Dieser Vorgang zeige, wie kompliziert die Position der Biden-Administration zum Ukrainekrieg inzwischen ist, obwohl der Präsident bei jeder Gelegenheit wiederholt, man werde die Ukraine unterstützen „so lange dies nötig ist“.

„Die Administration in Washington glaubt zwar, dass Russland derzeit nicht bereit (in the mood) ist, ernsthaft zu verhandeln. Aber Selenskyjs strikte Weigerung, den Dialog zu suchen, löse in manchen Ländern in Europa, Afrika und Lateinamerika, die sich hohen Lebensmittel- und Benzinpreisen ausgesetzt sehen, Beunruhigungen aus. Kurz zuvor hatte Außenminister Lawrow versichert, die russische Seite sei stets offen für Ver-

handlungen mit der oder über die Ukraine. Er sei auch bereit, seinen westlichen Kollegen zuzuhören, wenn sie eine Gelegenheit böten, über Deeskalation und Spannungen zu sprechen. (7.11.)

Die russische Armee konzentriert ihr Angriffe jetzt auf Orte, an denen die Energie- und Wasserversorgung für die Bevölkerung gestört werden kann. Derzeit haben 4,5 Mio. Menschen im Land keinen Zugang zu Wasser und Strom.

Am 2. November kam der nationale Sicherheitsberater der US-Regierung, Jake Sullivan, nach Kiew und versicherte erneut Washingtons Unterstützung für die Ukraine „ohne mit der Wimper zu zucken (unflinching).

Es gab bei der Gelegenheit aber auch geheime Gespräche mit russischen Offiziellen (genannt wurde u.a. der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew) mit dem Zweck, weitere Eskalationen zu vermeiden.⁷ Offenbar steht dieser Besuch im Zusammenhang mit den amerikanischen Ermahnungen an Selenskyj, sich offener für Verhandlungen zu zeigen.

Seit dem Beginn des Krieges hat es nur sehr selten Meldungen über hochrangige Kontakte zwischen Moskau und Washington gegeben, denn Washington hatte immer betont, etwaige Verhandlungen seien nur eine Sache zwischen der Ukraine und Russland.

Auch jetzt haben hohe Stellen in Washington eine Bestätigung von Sullivans Gesprächen abgelehnt. „Die Leute behaupten dies und jenes“, sagte die Sprecherin des US-Sicherheitsrates, Adrienne Watson. (8.11.)

⁶ Die Meldung geht zurück auf einen Artikel in der *Washington Post* vom 5. November

⁷ Quelle: *Wall Street Journal*, 5.11.2022

Die Ukraine teilt mit, dass aus den USA und Westeuropa neue Waffensysteme eingetroffen seien, vor allem Luftabwehr-Raketen. Die VNS kommentiert: „Diese neuen Waffen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem die amerikanischen Lieferungen kurz nach den Kongresswahlen zunehmend in der Öffentlichkeit hinterfragt werden. Vor allem konservative Kandidaten hätten im Wahlkampf Bedenken angesichts der Höhe der Waffenlieferungen geäußert.“

Wegen der fast ununterbrochenen Angriffe gegen die ukrainische Energieversorgung bezeichnen dortige Stadtverwaltungen die Lage als „sehr ernst“. „Wir fordern alle Bewohner auf, die Arbeiter an der Energiefront zu unterstützen, indem sie Strom sparen.“ Der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, sprach sogar von einem drohenden „totalen Blackout“ in der Hauptstadt. Die ukrainische Regierung hat einige energierelevante Firmen verstaatlicht, damit sie gezwungen werden können, vorwiegend für die Armee tätig zu werden. Angriffe der ukrainischen Armee auf von Russland kontrollierte Städte haben auch dort zum Ausfall des Stromnetzes geführt, zum Beispiel in Cherson. (9.11.)

Russland befiehlt seinen Truppen, sich aus Cherson zurückzuziehen. Offizielle Stimmen in der Ukraine reagieren zurückhaltend auf die Nachricht. Die russischen Truppen würden diese wichtige Stadt wohl nicht ohne militärische Gegenwehr aufgeben. Cherson ist immerhin die einzige Groß- und regionale Hauptstadt, die Russland seit Beginn des Krieges erobert hat. Ukrainische Truppen haben nach und nach viele Dörfer in

der Umgebung der Stadt am Schwarzen Meer besetzt und die russischen Besatzungstruppen in der Stadt fordern die Bevölkerung seit langem auf, sie zu verlassen.

In Moskau heißt es, der Rückzug sei nötig, um russische Truppen am Westufer des Dnepr-Flusses zu verstärken, die den Weg zur Krim schützen sollen. Für die ukrainischen Truppen wäre der Rückzug sehr förderlich für den Zugang zum Schwarzen Meer bei Azow. (11.11.)

Der türkische Präsident Erdogan wirft den USA und den westeuropäischen Ländern vor, Russland immer wieder zu provozieren. „Wir sind dabei, zu ergründen, wie man einen Friedenskorridor in der Ukraine aufbauen kann. Der Weg dahin muss über Dialoge zu Taten führen.“ Er knüpft dabei offensichtlich an das Abkommen zum Export von Getreide an, das bis zum 19. November gilt und verlängert werden soll.

Seit den ersten Gesprächen in Istanbul gleich nach Kriegsbeginn hat es keine öffentlichen Versuche mehr gegeben, erneut etwa über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Kürzlich hatte die Ukraine Gerüchte heftig abgestritten, sie sei aus den USA unter Druck gesetzt worden, mit Russland zu verhandeln. Man bestand in Kiew erneut darauf, dass man sich an Verhandlungen nur beteiligen werde, wenn Russland vorher alle Gebiete verlässt, die es seit Februar 2021 besetzt hat. Russland ließ am 11. November verlauten, dass es „nach wie vor an den Zielen seiner ‚speziellen Militäraktion‘ festhalte“ und fügte hinzu, „dass diese Ziele auch durch Friedensverhand-

lungen erreicht werden können“.

Es fällt auf, dass in den einschlägigen russischen Verlautbarungen über die Militäraktion neuerdings immer nur noch die offiziellen ursprünglichen Ziele („Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ und die Kontrolle über die östlichen Regionen mit überwiegend russischer Bevölkerung) auftauchen, nicht mehr wie zu Beginn die Besetzung der ganzen Ukraine. Die Reduzierung des vielleicht angedachten, aber dann aufgegebenen ursprünglichen Kriegsziels einer Totaleroberung scheint nach der Erkenntnis der unerwartet großen Verteidigungsbereitschaft der ukrainischen Armee vorgenommen und praktisch in einem ersten Schritt mit dem Rückzug aus der Region um Kiew vollzogen worden zu sein.

In Sachen Verlängerung des Getreideexportabkommens scheint es zwischen Russland und UNO-Vertretern in Genf Diskussionen gegeben zu haben, die aber ohne Ergebnis blieben. Die Gründe dafür sind politischer Natur: Um auch aus Russland Exporte zu ermöglichen, müsste die russische Staatsbank wieder mit dem internationalen Bezahlungssystem SWIFT verbunden werden, von dem sie im Rahmen der Sanktionen abgeschnitten worden ist. So waren russische Exporte, obwohl für sie eine Ausnahme vereinbart worden war, trotzdem indirekt von den Sanktionen betroffen, weil sie weder finanziert noch versichert werden konnten. Das russische Außenministerium betonte, die ukrainischen Getreideexporte und die russischen Lebens- und

Düngemittlexporte seien Teile eines einzigen Maßnahmenkatalogs, um die weltweite Lebensmittelversorgung zu sichern. (14.11.)

In der UNO-Vollversammlung wurde eine Resolution verabschiedet, dass und wie Russland nach dem Krieg Reparationszahlungen an die Ukraine leisten müsse für die menschlichen und sachlichen Zerstörungen, die es durch seinen Angriff verursacht habe. Die Resolution, die nicht bindend ist, wurde mit 94 Stimmen gegen 14 bei 63 Enthaltungen angenommen. Dieses Abstimmungsergebnis lag weit unter der Zustimmung, die am 12. Oktober die Resolution erhielt, die Russlands „illegalen Aggression“ betraf. Damals gab es nur 5 Gegenstimmen und 35 Enthaltungen.

Zur Berechnung solcher Reparationsforderungen hatte die UNO 1991, nach dem Ende des 2. Golfkriegs, eine eigene UN-Institution geschaffen, die „Entschädigungskommission“⁸. Damit sie auch für den Ukrainekrieg zuständig wäre, müssten noch rechtliche Fragen geklärt werden. Auch könnte Kiew durch eine solche Resolution auf die Idee kommen, die hunderte von Milliarden US-\$ für sich zu verlangen, die an russischem Kapital im westlichen Ausland durch die Sanktionen beschlagen worden sind. „Außerdem könnten nach der Verabschiedung einer solchen Resolution Forderungen auf die USA nach Reparationen für Schäden in Korea, Vietnam, Jugoslawien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern zukommen.“ (Moskaus UN-Gesandter Wassili Neben-

⁸ Die United Nations Compensation Commission (UNCC) ist ein Nebenorgan des Sicherheitsrates.

sja) (16.11.)

Am 16. November schlägt eine Rakete nahe dem polnischen Dorf Przewodow nahe der Grenze zur Ukraine ein und tötet zwei Menschen. NATO-Mitglied Polen ist schockiert. Der ukrainische Präsident Selenskyj beschuldigt sofort Russland, die Rakete geschossen zu haben. Aber die USA und die NATO unterstützen überraschenderweise eindeutig die polnische Erklärung, dass die tödliche Rakete von der Ukraine aus geschossen worden sein müsse. Es handle sich wahrscheinlich um eine Luftabwehr-Rakete, die einen russischen Angriff auf die zivile Infrastruktur der Ukraine abwehren sollte. Aus dem Weißen Haus verlautete, man sehe nicht, dass „irgendetwas dieser Interpretation widerspricht“ und erklärte, dass der letzliche Schuldige an diesem tragischen Vorfall natürlich trotzdem Russland sei. Selenskyj gibt sich damit nicht zufrieden und fordert eine Untersuchung, an der er auch beteiligt werden müsse, und verlangt, den Tatort selbst besuchen zu können. „Ich habe keinen Zweifel daran, dass es nicht unsere Rakete war. Es war ein russische.“

Für den polnischen Präsidenten Dida war es ein „unglücklicher Unfall“, den wahrscheinlich die ukrainische Luftabwehr verursacht habe, aber für ihn sei Russland trotzdem der eigentliche Schuldige.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg stellt fest, dass Polen keinen Antrag auf Unterstützung nach Artikel 4 des NATO-Vertrages gestellt habe und deshalb auch nicht untersucht werden müsse, ob „die territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit oder die Sicher-

heit eines Partners bedroht war“. In Bali, wo der G 20-Gipfel gerade tagte, bestätigte Präsident Biden erneut, es sei „unwahrscheinlich“, dass die Rakete von Russland gefeuert worden sei. (18.11.)

Anscheinend wurde diese Feststellung auch mit der Absicht so deutlich ausgesprochen⁹, um die Forderung an Kiew, offen für Verhandlungen zu sein zu unterstützen. Im Pentagon ist man der Meinung, dass die Armee der Ukraine wohl kaum dazu in der Lage sei, alle besetzten Gebiet wieder zu erobern, die Russland während des Krieges besetzt hat. Deshalb solle sich die Regierung ofener zeigen für Friedensverhandlungen.

Durch die Unterstützung, die die Ukraine aus den USA erhalten habe, sei sie jetzt in einer besseren Position für Verhandlungen, so General Mark Milley, Vorsitzender des Vereinigten US-Generalstabs¹⁰. Die Russen seien dabei, ihre Kontrolle über etwa 20 Prozent des Territoriums der Ukraine zu verstärken, und die derzeitigen Frontlinien seien stabil. „Rein militärisch betrachtet, sind die Aussichten auf einen Sieg in dem Sinn, dass die Russen aus dem ganzen Land vertrieben würden, und zwar einschließlich der Krim, nicht sehr günstig.“ Und er fügte hinzu, dass bei einer politischen Lösung erreicht werden könnte, dass Russland sich wenigstens aus den seit Kriegsbeginn eroberten Gebieten zurückzieht.

Demgegenüber verlautete aus dem Weißen Haus erneut, dass „allein Präsi-

9 Sonst haben die USA jegliche Behauptung aus Kiew stets ungeprüft übernommen.

10 Joint Chiefs of Staff, ein militärisches Beratergremium, vor allem für den US-Präsidenten.

dent Selenskyj darüber zu entscheiden habe, ob er zu Verhandlungen bereit ist“, so Sprecher Admiral John Kirby.

Der ukrainische Präsident Selenskyj lehnt die Überlegungen aus dem Pentagon ab: „Wenn du die Initiative auf dem Schlachtfeld hast, ist es reichlich bizarr, Vorschläge zu erhalten wie: ‚Du bist nicht in der Lage, irgendetwas mit militärischen Mitteln zu erreichen, du musst verhandeln‘“, so Präsidenten-Berater Mychajlo Podoljak in einem Interview mit AFP.

In Moskau interpretiert man diese Vorgänge so: „Die Vereinigten Staaten, NATO und EU wollen nicht völlig mit Russland brechen, aus Angst vor einem 3. Weltkrieg. Daher die immer häufigeren Versuche, Kiew zu bremsen und zur Vernunft zu bringen, das heißt es dazu zu bringen, Verhandlungen aufzunehmen.“ (Dmitry Medvedew, stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation¹¹) Derzeit sei man es sogar in den USA leid, wie Selenskyj ständig Spannungen produziere und ständig nur Geld und Waffen verlange. (21.11.)

Am 23. November bringt die VNS – was selten geschieht – einen Bericht über die Lage der Bewohner verschiedener Regionen in der Ukraine, wo sowohl die Kampfhandlungen als auch die Winterkälte die Menschen in ihrer Existenz bedrohen.

Bei einer Konferenz der Allianz der Zivilisationen¹² am 22. November in Ma-

roko hielt UNO-Generalsekretär Guterres eine Rede, in der es heißt: „Wachsende Spannungen bedrohen global den Frieden und die Sicherheit, provozieren neue Konfrontationen und machen es darüber hinaus noch schwerer, alte Konflikte zu lösen.“ Überdies befänden wir uns am Rande einer Klimakatastrophe und es gebe immer mehr „weiße Hasspredigten und Desinformation“. Vor allem eine neue, wachsende militaristische Rhetorik bei Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit sei extrem gefährlich, wie man etwa am Ukrainekrieg sehen könne. (24.11.)

Das Energie-Versorgungssystem in der Ukraine ist kurz davor, zusammenzubrechen. „Wir haben in fast allen Landesteilen und nach Angriffen am 25. November auch in der Hauptstadt Kiew Probleme, die Menschen mit elektrischem Strom zu versorgen“, sagt Selenskyj. Aber die Reparaturarbeiten seien in vollem Gang. Die russische Seite demonstriert: Man habe die Hauptstadt nicht angegriffen, diese sei vielmehr von ukrainischen Abwehraketens getroffen worden, so der russischen Verteidigungsminister. „Wir haben keine Angriffe auf die Innenstadt von Kiew durchgeführt“, sagte er und fügte hinzu: „Die ukrainische Führung hat es in der Hand, die aktuelle schlimme Situation zu ändern und damit das Leiden der Bevölkerung zu beenden“, wenn sie auf die russischen Forderungen eingehe. Er verweist auf die Ziele der Militärischen Spezialaktion Russ-

11 Medwdew war früher Präsident und Ministerpräsident Russlands gewesen.

12 United Nations Alliance of Civilizations (UNAOC) ist eine UN-Initiative, gegründet von Ban Ki-moon, dem ehemaligen UNO-Generalsekretär

tär und anderen im Jahre 2004 mit dem Ziel, „gemeinsame Handlungsansätze über verschiedene Gesellschaften und Kulturen hinweg zu verschmelzen“. (Wikipedia)

lands, die bald erreicht seien. (26.11.)

Die Situation verschlechtert sich durch schwere Schneefälle in Kiew und Umgebung. Die Elektrizitätswerke YAS-NO geben bekannt, dass sie maximal drei Viertel des benötigten Verbrauchs liefern können. Es wird bekannt, dass Selenskyj den Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko intern beschuldigt, in dieser Krise versagt zu haben. Er habe nicht genug getan, um den „belagerten Einwohnern“ zu Hilfe zu kommen. Dieser erwiderte, es sei „sinnlos“, sich zu streiten in dieser Situation.

Was die immer noch andauernden Getreide-Exporte der Ukraine angeht, so wird nicht nur aus Moskau Kritik laut, diese würden gar nicht in die Länder gebracht, die am meisten unter Hunger leiden. Gleichzeitig werde im Westen behauptet, Russland sei der Hauptschuldige an der Hungerkrise, die derzeit weltweit herrsche.

Ein Sprecher des russischen Außenministeriums sagt: „Wir sehen uns mit der Tatsache konfrontiert, dass Lebens- und Düngemittel, die für Afrika bestimmt waren, in europäische Häfen gebracht wurden.“ Und auch, was den Export von Getreide aus der Ukraine angeht, so würden die meisten Schiffsladungen in das wohlhabende Europa gebracht. Bis zum Stichtag 21. November gingen nach Angaben des Koordinationszentrums der „Initiative für den sicheren Transport von Getreide und Lebensmitteln aus ukrainischen Häfen“¹³ nur 61 von 483 abgefertigten Schiffen

nach Afrika, während 324, also zwei Drittel, nach Europa führen. Selenskyj hatte von den USA und der EU 150 Mio. US-\$ erhalten, um Getreide nach Äthiopien, den Sudan und nach Südafrika, Somalia und den Jemen zu schicken. (Reuters, TASS). (28. 11.)

Die ukrainische Kernenergiekommission *Ukrenergo* meldet, die russische Armee habe die Absicht, das Kernkraftwerk in Saporischschja zu räumen. (29.11.)

Anlässlich eines Besuchs des französischen Präsidenten Macron in Washington erklärt Biden, er sei bereit zu Gesprächen mit Putin, aber „nur wenn er willens ist, den Krieg zu beenden“. Es ist das erste Mal, dass der US-Präsident von der Möglichkeit spricht, mit Putin direkt zu verhandeln. Aber beide Präsidenten wollen „niemals die Ukraine zu einem Kompromiss zwingen, der für diese nicht akzeptabel ist.“. (3.12.)

In einer wichtigen Rede spricht Putin davon, dass die „Spezialaktion“ länger dauern werde. (9.12.)

Das US-Repräsentantenhaus beschließt neue Hilfslieferungen im Wert von 800 Mio. US-. Der russische Vize-Außenminister Sergei Rjabkow sagt in einer Fernsehansprache: „Die Unersättlichkeit des US-militärisch-industriellen Komplexes hat keine Grenzen. Und die Ereignisse in der Ukraine sind ein willkommener Vorwand, um diesen Hunger zu stillen.“ Washingtons Handeln sei von dem Bemühen geprägt, jegliche Aussicht auf eine Rückkehr von Moskau und Kiew an den Verhandlungstisch zu verhindern. (10.12.)

Selenskyj ist zu einem überraschen-

13 Das Joint Coordination Centre (JCC) mit Sitz in Istanbul wurde eingerichtet, um die Durchführung des Getreide-Abkommens zu überwachen.

de Besuch in Washington eingetroffen. Es ist seine erst Auslandsreise seit Beginn des Krieges. (23.12.)

Putin erklärt, er wolle sich dafür einsetzen, dass der Konflikt in der Ukraine so bald als möglich zu Ende geht (Pressekonferenz). Eine Intensivierung führe nur zu unnötigen Verlusten. „Russland hat niemals Gespräche mit der Ukraine abgelehnt. Alle Konflikte enden irgendwann auf dem diplomatischem Parkett. Je eher die ukrainische Regierung das einsieht, umso besser.“

US-Außenminister Blinken sagt dazu, Russland könne den Krieg sofort beenden, wenn es seine Truppen aus der Ukraine zurückzöge.

Nordkorea dementiert japanische Presseberichte, dass das Land Waffen an Russland liefere. Das Weiße Haus erklärt, es habe private Waffenlieferungen aus Nordkorea an die Wagner-Söldnergruppe gegeben, eine russische nicht-staatliche paramilitärische Organisation.¹⁴ Der Kommandeur dieser Gruppe, Jewgeni Prigoschin und die Regierung in Pjöngjang bestreiten dies. (24.12.)

Moskau beschuldigt die Ukraine, einen Drohnenangriff auf einen Luftwaffenstützpunkt in Russland verübt zu haben, der vereitelt worden sei. Aber drei Menschen seien durch herabfallende Trümmer getötet worden. Eine weitere

14 Die Gruppe arbeitet eng mit der russischen Regierung zusammen und wird für verdeckte Operationen genutzt, um im Ausland, überwiegend in Asien und Afrika, russische Interessen militärisch vertreten zu können, ohne dabei mit offiziellen Streitkräften einzugreifen. Seit 2022 nimmt sie am Krieg in der Ukraine teil. Sie besteht aus ehemaligen Militärangehörigen, verurteilten russischen Strafgefangene sowie ausländischen Söldnern.

Drohne sei auf die Air Base Saratow abgefeuert worden.

Erneut erklärt der russische Außenminister, dass die Ziele der militärischen Spezialaktion bald erreicht seien: „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der von Kiew kontrollierten Gebiete und die Beseitigung der Bedrohungen der Sicherheit. „Es ist nur noch wenig zu tun.“ Es sei eine „Kleinigkeit“, diese Vorschläge auf freundschaftliche Weise zu akzeptieren. Das Regime in Kiew könne jederzeit seinen „sinnlosen Widerstand“ beenden.

Die Ukraine hat dazu aufgefordert, Russland aus dem UN-Sicherheitsrat und aus der UNO überhaupt auszuschließen. (28.12.)

Der Leiter des ukrainischen militärischen Geheimdienstes, Kyrylo Budanow sagte in einem Interview mit ABC News, dass er mit mehr Angriffen „immer tiefer in Russland“ rechne. Und auf die Nachfrage, ob dabei ukrainische Truppen beteiligt sein würden, gab er keine Antwort. Er bemerkte aber, „froh gewesen zu sein, als er von dem Angriff auf die russische Air Base Saratow am 26. Dezember gehört habe, „die 600 km von der russisch-ukrainischen Grenze entfernt liegt“. (6.1.2023)

In der Weihnachtszeit gab es in der Ukraine heftige Kämpfe, die die VNS relativ ausführlich referiert. Wir haben davon abgesehen, diese Berichte auch in diese Zusammenstellung aufzunehmen. Wir weisen stattdessen auf einige Meldungen – wie die obige vom 6. Januar – hin, die indirekte Hinweise darauf enthalten, dass es unbeachtet von der Öf-

fentlichkeit und unserer Presse in der Ukraine anscheinend Überlegungen gibt, den Kampf nicht mehr strikt auf das eigene Land zu beschränken.

Präsident Putin ordnet eine Waffenpause für die Kampfzone im Osten der Ukraine am 6. und 7. Januar an. Grund sei das orthodox-christliche Weihnachtsfest. Er bittet die ukrainische Seite, es ihm gleichzutun. Die Anregung dazu kam anscheinend aus der Türkei.

Am Tag zuvor hat es einen Angriff auf ein russisches Militärlager in der Stadt Makijiwka im Donez-Becken gegeben, bei dem ca. 400 russische Soldaten ums Leben kamen. (7.1.)

In der Ukraine und in Russland wird das Weihnachtsfest gefeiert, die von Putin angeordnete Waffenruhe wird russischerseits weitgehend eingehalten. In seiner Ansprache behauptet Selenskyj, Russland habe sich nicht an die Waffenruhe gehalten und Bachmut und andere ukrainische Stellungen angegriffen. „Wieder einmal ist die Welt Zeuge geworden, wie falsch alle Worte sind, die aus Moskau verlauten.“ Putin habe diese Pause nur gebraucht, um seine Streitkräfte neu zu gruppieren.

Die orthodoxe Kirche ist die dominante christliche Religionsgemeinschaft sowohl in der Ukraine als auch in Russland und somit das stärkste einigende kulturelle Band zwischen beiden Völkern. In der Ukraine haben seit Kriegsbeginn viele Gläubige der russischen orthodoxen Kirche den Rücken gekehrt, deren Führer, der Patriarch Kirill, Putins Krieg unterstützt. 2018 wurde eine neue Ukrainische Orthodoxe Kirche gegründet.

det. (9.1.)

Was die Waffenruhe betrifft, so steht Aussage gegen Aussage: Russland bezichtigt die ukrainischen Truppen ebenso, sie gebrochen zu haben, wie umgekehrt. Beide Seiten nehmen für sich in Anspruch, nur auf feindliche Angriffe reagiert zu haben. Unabhängig nachprüfen lässt sich das nicht.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock macht einen Überraschungsbesuch in Charkiw, einen Tag später wird die ostukrainische Stadt von einer Rakete getroffen. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba, nimmt den Zwischenfall zum Anlass, seinem deutschen Gast zu erklären, dass solche Angriffe nicht mehr stattfinden könnten, wenn der Ukraine endlich deutsche Panzer Leopard 2 geliefert würden. Aber die deutsche Ministerin, die näher an die Front ging als alle anderen ausländischen Besucher bislang, hat nur Stromgeneratoren dabei. (12.1.)

Zum ersten Mal seit langer Zeit meldet die russische Armee einen Sieg: Man habe die Stadt Soledar im Osten der Ukraine eingenommen. Die ukrainische Seite bestreitet das: die Kämpfe gingen immer noch weiter. Dieser Behauptung widerspricht das amerikanische Institut ISW¹⁵: „Es ist sehr unwahrscheinlich, dass ukrainische Truppen immer noch Positionen in der Stadt halten.“

In der Stadt Dnipro am Dnepr-Fluss hat eine Rakete ein großes Wohnhaus

¹⁵ Institute for the Study of War, 2007 gegründete, in Washington ansässige Denkfabrik, berichtet seit Februar 2022 täglich aus dem Ukrainekrieg

wie mit einer Axt in zwei Teile gespalten. Verursacht, nach Angaben der ukrainischen Armee, sei die Zerstörung durch eine russische CH-22-Rakete, die man nicht habe abfangen können. „Nur Flugabwehrsysteme, die wir in der Zukunft vielleicht von unseren westlichen Partnern zur Verfügung gestellt bekommen werden, hätten eine solche Rakete abfangen können.“ Selenskyj forderte vom Westen mehr und moderne Waffensysteme. Denn der „russische Terrorismus“ könne nur „auf dem Schlachtfeld gestoppt werden.“ (13.1.)

Die Kämpfe um die beiden Städte Bachmut und Soledar gehen weiter. Die ukrainische Armee steht hier vor allem der privaten Söldnertruppe Wagner als Feind gegenüber. Beide Seiten veröffentlichen immer wieder Siegesmeldungen, aber stets nur über Rückeroberungen von Stadtteilen. Und selbst dann gebe es auch dort immer noch „kleine Taschen des Widerstandes“. Nach einer Meldung der russischen Agentur TASS würde, wenn in dieser Gegend die russische Kontrolle erkämpft worden sei, Russland sofort bereit sein, direkte Gespräche mit der ukrainischen Seite zu führen. Der Sprecher des russischen Außenministeriums betonte, dass es schon früher direkte Gespräche gegeben habe, so zum Beispiel in Weißrussland oder in der Türkei im Februar bis April 2022. Sie seien später über Video fortgesetzt worden. (14.1.)

Der Einschlag einer Rakete in der Stadt Dnipro hat mindestens 30 Todesopfer gefordert. Unter dem Eindruck dieses Vorfalls stellt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Lieferung von weiteren schweren Waffen in Aussicht.

Das Bild des aufgeschlitzten Hauses geht durch die gesamte westliche Presse als ein Symbol für die Grausamkeit der russischen Angriffe. Über das Dementi aus Moskau, man habe diese Rakete nicht abgefeuert, ist wohl nur in der VNS berichtet worden. (17.1.)

In der Frankfurter Rundschau vom 18. Januar findet sich ein Artikel von Stefan Scholl, in dem nachgewiesen wird, dass es keine russische Rakete gewesen sein kann, die in Dnipro niedergegangen ist. Der Artikel trägt den Titel „Seekriegsraketen gegen Wohnhäuser. Die Treffer der russischen Geschosse haben etwas grausam Zufälliges.“ Über den Treffer in Dnipro heißt es dort: „Tatsächlich ist auf allen Videos von dem Einschlag im Haus 118 an der Uferstraße des Sieges nur eine Explosion zu hören. Bei einem Abschuss der CH-22 durch eine Flakrakete hätten es zwei sein müssen. Und Mikołaj Oleschtschuk, Kommandeur der ukrainischen Luftwaffe, erklärte, die ukrainischen Streitkräfte besäßen keine Waffen, um eine CH-22 abzufangen. Diese Meinung teilen auch die Fachleute: „Die Russen setzen diese ballistischen Raketen ja auch ein, weil es sehr schwierig ist, sie zu stoppen“, sagt Oleksiy Melnyk, früherer Kampfflieger und jetziger Sicherheitsexperte des Kiewer Rasumkow-Instituts. Die CH-22 gehöre zu den Waffen, die sehr große Zerstörungen bewirken können, sie ist aber sehr teuer, ihre Herstellung dauert lange und infolgedessen sind die CH-22-Geschosse nur in begrenzten Stückzahlen verfügbar.

Demnach gibt es für den Einschlag in Dnipro nur eine Erklärung: Es muss

eine ukrainische Rakete gewesen sein. Vermutungen, es sei eine angreifende russische Rakete über ihrem Ziel abgeschossen worden, hat Kiew dementiert, aber trotzdem wird es in der westlichen Presse immer noch behauptet. Es ist typisch für die hiesige einseitige Berichterstattung, dass Überlegungen wie die des Autors Stefan Scholl¹⁶, obwohl (allerdings nur an versteckter Stelle) hier veröffentlicht, nicht einmal referiert werden. Es müssen eben die Russen sein.

Natürlich ist es, was die Zerstörungen und Opfer angeht, eigentlich gleichgültig, woher die Rakete kam. Jegliche Nachprüfung unterbleibt in einer zuneh-

16 Stefan Scholl, Jahrgang 1962, absolvierte das Osteuropa-Institut Berlin und die Deutsche Journalistenschule in München. Seit neun Jahren lebt er in Russland, vier Jahre davon berichtete er für *Die Woche* aus Moskau, eines verbrachte er als Buchautor in einem sibirischen Dorf.

mend militaristischen Berichterstattung, die nur noch die Verteufelung des Gegners Russland zulässt. Das Bild vom zerstörten Wohnblock muss ein russisches Kriegsverbrechen sein, und wird zudem zum „tödlichsten Gemetzel“¹⁷ seit Beginn des Krieges hochstilisiert (40 Tote, 20 Vermisste).

Unter dem Eindruck der Berichte über Dnipro sind die westlichen Verbündeten weiterhin bereit, immer schwerere Waffen zu liefern. Ukrainische Soldaten werden jetzt in den USA an dem Luftabwehrsystem *Patriot* ausgebildet.

Der Leiter der IAEA, Rafael Grossi, sagt, seine Organisation werde dafür sorgen, dass alle fünf ukrainischen Kernreaktoren künftig bewacht werden, ein-

17 Ukrainischer Sprachgebrauch, zit. in VNS am 19.1. 2023.

schließlich Tschernobyl. Man wolle jetzt zusammen mit den ukrainischen Autoritäten dafür sorgen, dass die Kraftwerke ungestört laufen können. Bislang war eine solche Überwachung nur für die russisch besetzten Reaktoren in Saporischschja vereinbart worden. (18.1.)

Russland startet eine Serie von Angriffen auf ukrainische Infrastrukturen, nachdem der Kreml die Lieferung von schweren Panzern aus Europa und den USA als „direktes Eingreifen in den Konflikt“ qualifiziert hat. Die USA hatten die Lieferung von 31 Abrams-Panzern¹⁸ und die Bundesrepublik die von 14 Leopard 2-Panzern angekündigt. Darauf könnte die Lieferung von weiteren Kampfpanzern aus anderen europäischen Ländern folgen. Die Ausbildung von ukrainischen Soldaten an ihnen werde „sofort“ beginnen, so Verteidigungsminister Pistorius. (28.1.)

Nach der Zusage der Panzer-Lieferungen stellt Selenskyj neue Forderungen, vor allem nach Langstrecken-Raketen, genauer gesagt ATACMS Raketen¹⁹ mit einer Reichweite von 300 km, „um die russischen Depots zu zerstören“, zum Beispiel auf der Krim, wie Präsidentenberater Mykhailo Podolyak im Fernsehen präzisiert. Es ist klar, dass diese Raketen weit in russisches Territorium gefeuert werden können. Wiederholt wird auch die Forderung nach Kampfflugzeugen vom Typ Lockheed Martin F-16 laut.

Selenskyj hat angeordnet, russische und weißrussische Personen und Firmen

mit Sanktionen zu belegen. „Ihre Konten in der Ukraine sind blockiert, das Geld benutzen wir für unsere Verteidigung.“ (30.1.)

In St. Petersburg in Russland findet ein Empfang zur Feier des 73. Jahrestags der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Vietnam statt. Der vietnamesische Botschafter in Russland, Đặng Minh Khôi lobt die „seit langem bewährte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern“. In der Stadt wird eine Statue von Ho Chi Minh aufgestellt. Über den Krieg in der Ukraine ist anscheinend bei dieser Gelegenheit öffentlich nicht gesprochen worden.

Frankreich und Australien haben angekündigt, gemeinsam Munition (Granaten Kaliber 155mm) zu produzieren, die in die Ukraine geliefert werden sollen. Dieses Projekt wird allgemein auch als der Versuch angesehen, eine zurückliegende Störung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu überwinden. 2001 hatte es einen Streit gegeben, als Australien U-Boote nicht in Frankreich, sondern in den USA und Großbritannien einkaufte. Außerdem sieht Frankreich sich wegen seiner Übersee-Territorien Neukaledonien und Französisch Polynesien als eine pazifische Macht an. (1.2.)

Ein Gipfeltreffen der EU mit der Ukraine soll am 5. Februar in Kiew stattfinden. Man verspricht sich dort vor allem Fortschritte beim Beitritt der Ukraine in die EU. (2.2.)

Inzwischen sind etwa ein Dutzend hohe Vertreter der EU schon in Kiew eingetroffen. Es scheint eher eine symbolische Versammlung anlässlich des ersten Jahrestags des Krieges zu sein, in

18 Kampfpanzer (englisch main battle tank, MBT).

19 „Army TACtical Missile System“



Demonstration in Seoul

der bereits vorher gegebene Zusagen für Waffenlieferungen bestätigt werden. In einem Gespräch mit der EU-Kommissionsvorsitzenden Ursula von der Leyen sagt Selenskyj, Russland sei dabei, seine Truppen für neue Angriffe zu konsolidieren. „Aber die EU würde die Hoffnungen der Ukraine auf eine schnell erteilt Mirgiedshaft eher dämpfen wollen. Es seine vorhe noch intensivere Maßnahmen gegen die Korruption nötig.“

Am 8. Februar soll der UN-Sicherheitsrat auf Antrag Russlands über Aussichten für einen Frieden in der Ukraine debattieren. Nach Angaben des permanenten Vertreters Russlands, Dmitry Polyanskiy soll es um „humanitäre Aspekte“ und „Aussichten für eine friedliche Lösung der Ukrainekrise“ gehen. (3.2.)

Der russische Präsident Putin warnt vor der Lieferung von Waffen, die russisches Territorium erreichen können und kritisiert die Lieferung von Kampfpanzern durch die Bundesrepublik Deutschland. (4.2.)

Die Kämpfe um Bachmut dauern an und drohen zur längsten Schlacht des Krieges zu werden. Außerdem werden die Städte Tschernihiw, Saporischschja, Dnipropetrowsk, Charkiw, Lugansk und Donezk aus der Luft angegriffen. Die Lage verschlechtert sich für die ukrainischen Truppen.

Bundeskanzler Scholz betont, es sei mit der Ukraine vereinbart worden, dass die gelieferten Panzer nicht dazu benutzt werden dürfen, russisches Territorium anzugreifen. Gleichzeitig fordert Selenskyj weiterhin die Lieferung von Kampfjets.

Zu dem Gipfeltreffen der EU in Kiew sagt die Sprecherin des russischen Verteidigungsministeriums: „Die bedingungslose Unterstützung Kiews dient nur der Absicht, Russland zu schwächen und die hegemonialen Absichten der USA und der Nato zu fördern.“ (6.2.)

In der Ukraine wird der Verteidigungsminister Oleksij Resnikow entlassen und durch den bisherigen Geheimdienstchef Generalmajor Kyrylo Budanow ersetzt. Anscheinend haben schwere Korruptionsskandale in seinem Ministerium den bekannten Politiker nicht mehr als haltbar erscheinen lassen. Es sollen Verträge über Lebensmittellieferungen mit drei- bis vierfach überhöhten Preisen abgeschlossen worden sein. Deshalb war schon im Januar der stellvertretende Minister gefeuert worden. Ein europäischer

Lieferant soll Schmiergelder bezahlt haben. (7.2.)

UN-Generalsekretär Guterres warnt auf der Vollversammlung davor, dass der Krieg sich bei einer weiteren Eskalation über das Territorium der Ukraine hinaus ausbreiten könnte. „Die Aussichten auf einen Frieden sind kleiner geworden, Eskalation und Blutvergießen werden größer.“ Man müsse sich bei den Bemühungen um einen Frieden wieder mehr an der UNO-Charta orientieren. „Die Menschenrechte und die Menschenwürde müssen dabei an erster Stelle stehen.“ Politiker und Geschäftsleute würden nur bis zum nächsten Tag denken, die nächste Wahl, das nächste politische Manöver, um an der Macht zu kleben. Wichtig seien nur die nächsten Geschäfte, die täglichen Börsenkurse. Guterres forderte dazu auf, stattdessen an die nächste Generation zu denken. Eine „radikale Transformation“ der globalen Finanzwelt sei nötig. „Die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung entfernen sich immer mehr im Rückspiegel.“ (8.2.)

Auf seiner ersten Reise nach Kriegsbeginn ins Ausland trifft der ukrainische Präsident sich mit Kanzler Scholz und Frankreichs und Englands Regierungschefs in Paris. Immer noch sind Selenskyjs Forderungen dieselben: Mehr Waffen, mehr Munition und Kampfjets. „Die Zeit wird knapp“, warnt er. In der Tat dauern die Kämpfe um Bachmut immer noch an, die russische Söldnertruppe Wagner scheint die Stadt langsam, aber sicher einzukreisen und die ukrainischen Truppen vom Nachschub abzuschneiden. (10.2.)

Beim EU-Gipfel am 9. Februar in

Brüssel verkündet Ukraine-Präsident Selenskyj, er sei nicht bereit, mit leeren Händen von seiner zweiten Auslandsreise seit Kriegsbeginn zurückzukehren. Unter dem Eindruck einer neuen russischen Offensive fordert er seine Alliierten in Europa auf, ihren „positiven Signalen“ konkrete Taten folgen zu lassen. Zuvor hat er dieselben Forderungen in London und Paris gestellt. Aber einige europäische Politiker sind noch vorsichtig – nicht weil man die ukrainischen Forderungen nicht immer alle sofort erfüllen wolle, sondern weil man es nicht könne. (11.2.)

Die Kämpfe um Bachmut werden immer heftiger: „Es ist wirklich eine Schlacht um jeden Meter ukrainischen Territoriums.“ (Selenskyj) (16.2.)

In Brüssel diskutieren die EU-Außenminister darüber, wie man die von der Ukraine geforderte Menge an Munition aufbringen kann. Dieses Mal soll es eine Lieferung der EU sein, nicht eine einzelner Staaten. Die Produktion von Munition müsse stark intensiviert werden, denn die verfügbaren Vorräte reichen nicht mehr aus, um die notwendigen Mengen für die eigenen Zwecke zu sichern. „Die ukrainische Armee verschießt mehr als wir derzeit produzieren können“, sagt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. (20.2.)

Ohne Vorankündigung ist US-Präsident Biden zu einem Blitzbesuch nach Kiew gekommen. Es ist der erste seit Kriegsbeginn. Er verkündet neue Sanktionen gegen Russland und die Lieferung von Waffen und Munition, erwähnt jedoch die Forderung nach Kampfjets nicht. Auch über die noch immer ausste-

hende Lieferung der Abrams-Panzer scheint nicht gesprochen worden zu sein. Biden: „Ich bin gekommen, um Ihnen unser unverbrüchliches und unentwegtes Engagement zu versichern, zu helfen, die Demokratie, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu wahren.“

In Russland werden ebenfalls Daten gesammelt, um ukrainische Offiziere und Soldaten anzuklagen. Man habe Dossiers angelegt gegen 118 Mitglieder der ukrainischen Streitkräfte, die gegen das Kriegsrecht gehandelt hätten. (21.2.)

Moskau verkündet, dass Russland den „New START-Vertrag“ zur Verringerung strategischer Waffen²⁰ aufzukündigen werde. Zur Begründung führt man an, dass die USA und die NATO offen die Absicht verkündet hätten, Russland in der Ukraine „schlagen“ zu wollen. „Sie wollen uns eine strategische Niederlage beibringen und dabei Zugang zu unseren Kernwaffen-Anlagen haben.“ Man verlasse nicht das Abkommen, sondern lege es nur auf Eis. Das Abkommen wäre im Februar 2021 ausgelaufen, aber Russland und die USA haben es um fünf Jahre verlängert. Vor allem wegen der COVID-19-Pandemie waren die gegenseitigen Kontroll-Inspektionen ausge-

20 Das START-Abkommen (Strategic Arms Reduction Treaty) ist ein 1982 unterzeichnetes Abrüstungsabkommen zur gemeinsamen allmählichen Reduzierung strategischer Trägersysteme für Nuklearwaffen zwischen den USA und Russland (Sowjetunion). Es wurde im Jahre 1993 erweitert um die Deaktivierung aller landgestützten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen. Der „New START“-Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Angriffswaffen wurde 2010 von Barack Obama und Dmitri Medwedew unterzeichnet und sah vor, dass die Anzahl der Atomwaffen weiter begrenzt werden soll. (Wikipedia)

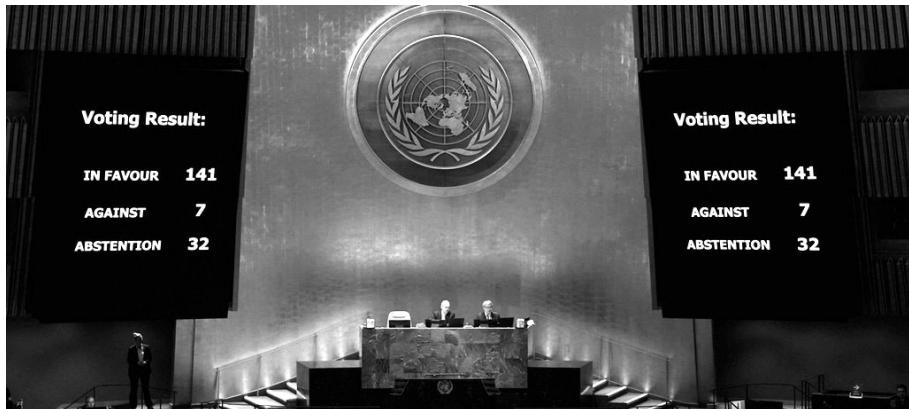
setzt worden. Im Herbst hatte Russland ihre Wiederaufnahme abgelehnt und vorgesehene Verhandlungen darüber auf ungewisse Zeit vertagt.

Der chinesische Außenminister Qin Gang fordert die beteiligten Länder auf, nicht länger „Öl ins Feuer zu gießen“. China beansprucht, in dem Konflikt eine neutrale Vermittler-Position einzunehmen, unterhält aber enge Beziehungen mit Russland. China hat jedoch Meldungen stets dementiert, man liefere Waffen an Russland. (22.2.)

Biden ist inzwischen in Polen eingetroffen und behauptet bei einer Rede in Warschau, Putin werde seinen Krieg „nie gewinnen“. Zugleich hält Putin in Moskau seine jährliche „Rede zur Lage der Nation“ und wirft dem Westen vor, den Konflikt zu eskalieren. (23.2.)

Zum ersten Jahrestag des Krieges in der Ukraine gibt es in der UNO-Vollversammlung eine Abstimmung. „Wir wollen sehen, wo die Länder der Welt stehen im Bezug auf den Frieden in der Ukraine“, sagt die US-Botschafterin bei der UNO Linda Thomas-Greenfield. UNO-Generalsekretär Guterres sagt: „Ein wirklicher, andauernder Friede muss auf der Basis der UN-Charta und des internationalen Rechts beruhen. Je länger die Kampfhandlungen dauern, umso schwieriger wird es sein, dies zu erreichen.“

Eine Resolution ist von der Ukraine und ihren Verbündeten eingebracht worden. Sie hat vor allem den Zweck, Russland noch weiter international zu isolieren. Man rechnet mir einer Dreiviertel-Mehrheit bei der Abstimmung für die Resolution. Dort wird der Konflikt beschrieben als unprovokierter Angriff ei-



32 Enthaltungen – das sind mehr als die üblichen Verdächtigen
UNO-Vollversammlung am 23. Februar 2023

nes einzigen Landes auf ein anderes, während der russische Gesandte sagt, es handle sich um einen Stellvertreterkrieg des Westens, der die Ukraine aufgerüstet und Russland mit Sanktionen überzogen habe. „Der Westen hat wider besseres Wissen unsere Position ignoriert und die militärische Infrastruktur immer näher an Russland gebracht“, so Wassili Nebenzia. Der Außenpolitiker der EU Josep Borrell meint, dass dieser Krieg keine europäische Angelegenheit sei, und auch nicht eine Auseinandersetzung des Westens mit Russland. „Nein, er ist ein illegaler Krieg gegen die ganze Welt, gegen den Norden, gegen den Süden, den Osten und den Westen.“ Eine eventuell abgestimmte Resolution ist für niemand verbindlich, sondern vor allem von politischem Gewicht. Sie wird trotzdem angestrebt, weil der Sicherheitsrat durch Russlands Vetorecht blockiert ist. (24.2.)

Zum Jahrestag veröffentlicht das Außenministerium der VR China Vorschläge für eine Lösung des Konflikts in

zwölf Punkten. Darin wird zu Deeskalation und Waffenstillstand aufgerufen. „Alle Beteiligten sollten rational und zurückhaltend agieren, kein Öl ins Feuer werfen und sich jeglicher Schritte enthalten, die den Konflikt vertiefen, weitere Eskalation vermeiden und dafür sorgen, dass die Situation nicht außer Kontrolle gerät.“ Die Ukraine müsse dabei unterstützt werden, Kontakte mit Russland aufzunehmen für einen direkten Dialog, um eine stufenweise Deeskalation und Entspannung einzuleiten bis hin zum Ende der Feindseligkeiten aller betroffenen Länder. (25.2.)

Hier muss, wie schon zweimal zuvor, unsere Zusammenfassung der vietnamesischen Berichterstattung über den Ukrainekrieg abgebrochen werden. Redaktionsschluss war diesmal Ende Februar. Und wir fragen uns, wie oft wir das noch weiterführen müssen. Niemand weiß darauf eine Antwort.